

# Medienrecht

## 3. Teil

### E. Jugendschutz

Frühere Rechtslage im Rundfunk

- Zuständig für Einhaltung des Jugendschutzes im privaten Fernsehen und der damit verbundenen Entscheidungen (Ausnahmeregelungen für indizierte Sendungen und Sendezeitregelungen): **Landesmedienanstalten**.
- Bei den Entscheidungen sind Gutachten freiwilliger Selbstkontrollenrichtungen (derzeit: FSF), die keiner Zertifizierung bedürfen, einzubeziehen.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert sich selbst.
- Internet und Mediendienste separat geregelt

### Neuregelung zum 1. April 2003 durch Jugendmedienschutzstaatsvertrag

#### **I. Regelungsziel**

Ein Jugendschutzrecht (einschl. Werbung und Teleshopping)  
für alle elektronischen Medien (Onlinemedien)

#### **II. Anwendungsbereich**

Rundfunk und Telemedien (Online-Medien)

Telemedien sind

- Mediendienste

Definition: An die Allgemeinheit gerichtete Informations- und Kommunikationsdienste mit geringerem Grad an meinungsbildender Relevanz als Rundfunk (z. B. Teleshopping, Textdienste von Fernsehen und Radio, Abrufdienste aus elektronischen Speichern).

Rechtsgrundlage: Mediendienste-Staatsvertrag (Landesgesetz)

- Teledienste

Definition: Individuelle elektronische Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere Internetangebote, „soweit nicht die redaktionelle Gestaltung zur Meinungsbildung für die Allgemeinheit im Vordergrund steht“.

Zweck: Schaffung „einheitlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten“

Rechtsgrundlage: Teledienstegesetz (Bundesgesetz)

### III. Schutzsystem

#### 1. Unzulässige Angebote

Differenzierung nach qualifizierter und einfacher Unzulässigkeit

##### a) Qualifizierte Unzulässigkeit

Angebote, die

- gegen Straftatbestände verstoßen (z. B. bei Verstoß gegen die Menschenwürde, qualifizierte Pornografie, Kriegsverherrlichung, Aufstachelung zum Hass),
- in die Indizierungsliste (Teil B und D) aufgenommen sind.

Folge: Absolutes Verbreitungsverbot

##### b) Einfache Unzulässigkeit

Angebote, die

- einfache Pornografie enthalten,
- in die Indizierungsliste (Teil A und C) aufgenommen sind,
- geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden (unter Berücksichtigung des besonderen Wirkungsgrades des jeweiligen Verbreitungsmediums).

Folge:

- Absolutes Verbreitungsverbot im Rundfunk,
- Verbreitung in Telemedien zulässig, wenn sichergestellt ist, dass diese Angebote nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden („geschlossene Benutzergruppen“).

#### 2. Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote

Definition: Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen.

**Generelle Schutzmaßnahme:** Anbieter haben Vorsorge zu treffen, dass Kinder und Jugendliche solche Angebote „üblicherweise“ nicht wahrnehmen.

**Konkrete Schutzmaßnahmen**

- Technische Zugangshindernisse, Zeitgrenzen (Rundfunk),
- Jugendschutzprogramm, das einen nach Altersstufen differenzierten Zugang ermöglicht (Telemedien).

#### **IV. Aufsichtsorganisation**

- Landesmedienanstalt prüft die Einhaltung des JMStV und trifft Maßnahmen (§§ 14 Abs.1, 20 Abs. 1)
- Für die LMA wird die Kommission für Jugendmedienschutz - KJM - tätig (§ 14 Abs. 2)
- Für die KJM wird eine von den Programmveranstaltern eingerichtete freiwillige Selbstkontrolle tätig (§ 19 Abs. 2)

##### *1. Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)*

###### a) Zusammensetzung

12 Mitglieder

- Landesmedienanstalten (6),
- Oberste Jugendschutzbehörden der Länder (4)
- Oberste Jugendschutzbehörde des Bundes (2)

###### b) Aufgabe

Abschließende Beurteilung von Angeboten, „unbeschadet der Befugnisse von anerkannten Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle“ (§ 16)

###### aa) Originäre Aufgaben

- Anerkennung von Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle
- Anerkennung von Jugendschutzprogrammen für Teledienste
- Genehmigung Verschlüsselungs- und Versperrungstechnik
- Stellungnahmen zu Indizierungsanträgen der Bundesprüfstelle
- Entscheidung über Ordnungswidrigkeiten

###### bb) Konkrete jugendschützerische Zuständigkeit

nur, wenn die Freiwillige Selbstkontrolle die „rechtlichen Grenzen des Beurteilungsspielraums“ überschritten hat (§ 20 Abs. 3), ansonsten ist der Veranstalter sanktionsfrei

## 2. Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle

- Geringe Anerkennungs Voraussetzungen (vor allem formeller Art, Verfahrensordnung, Beschwerdestelle, Anhörung)
- Vorgaben für die Prüfungsentscheidung gibt sich die Selbstkontrolle selbst
- Berücksichtigung von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen als Prüfer (neu)

## V. Überprüfungsklausel

JMStV kann erstmals zum 31. Dezember 2006 mit einer Jahresfrist gekündigt werden (31. Dezember 2007)..

## VI. Rechtslage bei Offline-Medien

Neue Rechtsgrundlage des Jugendmedienschutzes bei Offline-Medien

### **Bundesjugenschutzgesetz (JuSchG)**

- Zusammenfassung bisheriger Gesetze (Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte – GjSM, Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit – JÖSchG)
- Gilt für Trägermedien (z. B. Film, CD-ROM, DVD), d. h. Offline-Medien und des Weiteren für den Jugendschutz in der Öffentlichkeit.

#### Regelung:

- Altersklassifizierung von Filmen kann durch eine Freiwillige Selbstkontrolle erfolgen.
- Geregelt wird die Tätigkeit der Freiwilligen Selbstkontrolle durch ein „gemeinsames Verfahren“ der Obersten Landesbehörden für Jugendschutz.
- Die Altersklassifizierungen gelten als Freigaben und Kennzeichnungen aller Obersten Landesbehörden, es sei denn, eine Behörde trifft eine „abweichende Entscheidung“ (§ 14 Abs. 6 JuSchG).

#### Folge

- Die Obersten Landesbehörden sind an den Entscheidungen der Freiwilligen Selbstkontrolle beteiligt.
- Vorsitzender der Prüfgruppen ist ein Vertreter der Obersten Landesbehörden, dieser fertigt die Entscheidung aus, damit sie als eine der Länder gilt.